

Stellungnahme der Fraktionsgemeinschaft der Freien Wähler und der Wählergruppe "FÜR Karlsruhe" zur Entscheidung des Gemeinderates wiederholtes Schwarzfahren nicht mehr zur Strafanzeige bringen zu wollen.

21. Februar 2024

Die Entscheidung des Karlsruher Gemeinderats, auf Strafanzeige bei wiederholtem Schwarzfahren zu verzichten, erschüttert uns zutiefst.

Das Fahren ohne gültigen Fahrschein ist ein Problem, auch wenn die Zahl der tatsächlichen Strafanträge beim wiederholten Schwarzfahren in den vergangenen Jahren tatsächlich gesunken ist. Eigentlich ein positives Signal, dass der Gemeinderat hätte würdigen können. Der mit dem Schwarzfahren verbundene Einnahmeverlust für die VBK liegt allerdings bei mehreren Millionen Euro. Schwarzfahren ist laut Gesetz eine Straftat und muss als solche auch weiterhin geahndet werden. Das geltende Recht muss eingehalten werden, da es zum jetzigen Zeitpunkt auch das Erfassen der Personalien erlaubt und eine abschreckende Wirkung für das wiederholte Schwarzfahren ermöglicht. Eine Reformierung des Gesetzes, bspw. hin zu einer Ordnungswidrigkeit, müsste der Gesetzgeber vornehmen,

Die Armuts-Argumente der Linken, SPD und Grünen greifen nicht.

Das Bürgergeld sieht eine monatliche Pauschale für den ÖPNV vor, und es gibt zusätzliche Vergünstigungen für Menschen mit geringem Einkommen. Der Karlsruher Pass ist ein gelungenes Beispiel dafür.

Gerade im Hinblick auf den anstehenden Ausbau des ÖPNVs, der gewollten Steigerung der Qualität und die Einführung einer Mobilitätspauschale für den ÖPNV ist es wichtig, dass geltendes Recht weiterhin eingefordert wird.

Es ist eine Frage der Fairness und ein Mittragen des ÖPNVs, der schon jetzt unterfinanziert ist, wie die Verdi-Demo am Dienstag verdeutlichte. Wir fordern den Aufsichtsrat der Verkehrsbetriebe Karlsruhe auf, sich gegen die Entscheidung des Gemeinderats zu wehren und die Forderung nicht umzusetzen.

Freie Wähler | FÜR Karlsruhe
Friedemann Kalmbach, Jürgen Wenzel, Petra Lorenz



Scan mich